

## Allgemein

## Meta

- Autor: Robert Nitsch
- Lizenz: [Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 3.0 Deutschland Lizenz](#).
- Alle Angaben ohne Gewähr.

## Wichtige Paragraphen

- **§7** Schutzwürdige Belange Betroffener
- **§8** Rechte Betroffener
- **§9** Auskunft an Betroffene

## Widerspruch, Übermittlungssperre und Unterrichtungspflichten

Gemäß **§35, Abs. 5**, kann der Weitergabe von Daten an

- Parteien und andere Träger von Wahlvorschlägen und Wählergruppen im Zusammenhang mit Wahlen
- Träger für Abstimmungen, Bürger- und Volksbegehren
- Mitglieder gewählter staatlicher oder kommunaler Vertretungskörperschaften, Presse und Rundfunk im Zusammenhang mit Alters- oder Ehe-Jubiläen
- Adressbuchverlage

widersprochen werden; besondere Gründe sind dazu nicht notwendig. Auf dieses Widerspruchsrecht muss "bei der Anmeldung und spätestens acht Monate vor Wahlen oder Abstimmungen durch öffentliche Bekanntmachung" (**§35, Abs. 5**) hingewiesen werden.

Ebenso kann gemäß **§34, Abs. 5** auf Antrag (oder von Amts wegen) eine **Auskunftssperre/Übermittlungssperre** gesetzt werden. Dies setzt allerdings Tatsachen voraus, "die die Annahme rechtfertigen, dass der oder dem Betroffenen oder einer anderen Person durch eine Melderegisterauskunft **eine Gefahr für Leben, Gesundheit, persönliche Freiheit oder ähnliche schutzwürdige Interessen** erwachsen kann". Die Auskunftssperre/Übermittlungssperre verhindert die Weitergabe der Daten bei

- einfachen sowie erweiterten Melderegisterauskünften
- Gruppenauskünften

und kann möglicherweise auch Auskünfte *an Behörden* verhindern - die Meldebehörde muss in letzterem Fall die Interessen gem. **§7** abwägen). Wichtig: Die Abwägung entfällt, wenn die anfragende Behörde eine Polizeibehörde o.ä. ist (siehe Tabelle -> Spalte Sonstiges).

Einer Weitergabe der Daten im Rahmen einer **Online-Auskunft**, die den Kommunen in **§34a** ermöglicht wird, kann offenbar ebenfalls (separat) widersprochen werden (**§34a, Abs. 2**). Insbesondere ist hier keine Begründung, wie z.B. Gefahr für Leib und Leben, erforderlich. Die Kommunen sind verpflichtet, spätestens 1 Monat bevor ein solcher Online-Dienst startet auf das Widerspruchsrecht hinzuweisen (**§34a, Abs. 2**).

## Tabelle

In dieser Tabelle wird aufgeführt, wer welche Daten anfragen darf und unter welchen Bedingungen dies geschieht. Nicht aufgeführt sind die Möglichkeiten der Meldebehörden *untereinander* Daten auszutauschen (§30, Datenübermittlung zwischen den Meldebehörden).

Name	Daten	§	Auskunfts-Berechtigte	Sperrbar (§)	Sonstiges
Weitergabe an Behörden	<ul style="list-style-type: none"><li>• Vor- und Familiennamen</li><li>• frühere Namen</li><li>• Doktorgrad</li><li>• Ordensnamen/Künstlernamen</li><li>• Anschriften, bei Zuzug aus dem Ausland auch die letzte frühere Anschrift im Inland</li><li>• Tag des Ein- und Auszugs</li><li>• Tag und Ort der Geburt</li><li>• Geschlecht</li><li>• gesetzliche Vertreterin oder gesetzlichen Vertreter</li><li>• Staatsangehörigkeiten einschließlich der nach § 3 Abs. 2 Nr. 4 gespeicherten Daten</li><li>• Familienstand einschließlich Tag und Ort der Eheschließung oder der Begründung einer eingetragenen Lebenspartnerschaft</li><li>• Übermittlungssperren und</li><li>• Sterbetag und -ort</li></ul>	§31 Abs. 1	Behörden oder sonstige öffentliche Stellen <i>im Inland</i>  sowie  <i>im Ausland</i> , vorausgesetzt ein "Rahmen von Tätigkeiten, die ganz oder teilweise in den Anwendungsbereich des Rechts der Europäischen Gemeinschaften fallen."	teilweise (!)  <b>Wirkung der Auskunftssperre nach §34 Abs. 5 ist unklar</b>	Die schutzwürdigen Interessen nach §7 müssen beachtet werden, insbesondere wenn eine Auskunftssperre nach §34 Abs. 5 besteht. Dies hat nur bei den folgenden Behörden <i>keine</i> Relevanz: <ul style="list-style-type: none"><li>• Polizeibehörden und -dienststellen</li><li>• Staats- und Anwaltschaften</li><li>• Strafvollzugsbehörden</li><li>• Landesamt für Verfassungsschutz</li><li>• Finanzämtern, soweit sie strafverfolgend tätig sind</li><li>• Gerichten, soweit sie Aufgaben der Strafverfolgung, der Strafvollstreckung oder des Straf-(Arrest)vollzugs wahrnehmen</li><li>• Bundesamt für Verfassungsschutz</li><li>• Bundesnachrichtendienst</li><li>• Militärischer Abschirmdienst</li><li>• Bundeskriminalamt</li><li>• Generalbundesanwalt und</li><li>• Bundespolizei</li><li>• Zollfahndungsdienst</li></ul> §31 Abs. 6: Zweckbindung: "Der Datenempfänger darf die ihm übermittelten oder weitergegebenen Daten nur für den Zweck verwenden, zu dessen Erfüllung sie ihm übermittelt wurden."
Weitergabe an Religionsgesellschaften	<ul style="list-style-type: none"><li>• Vor- und Familiennamen</li><li>• frühere Namen</li><li>• Doktorgrad</li><li>• Ordensnamen/Künstlernamen</li><li>• Tag und Ort der Geburt</li><li>• Geschlecht</li><li>• Staatsangehörigkeiten</li><li>• gegenwärtige und letzte frühere Anschrift, Haupt- und Nebenwohnung, Tag des Ein- und Auszugs, bei Zuzug aus dem Ausland auch die letzte frühere Anschrift im Inland</li><li>• Familienstand, beschränkt auf die Angabe, ob verheiratet oder nicht, zusätzlich bei Verheirateten: Tag der Eheschließung</li><li>• Zahl der minderjährigen Kinder</li><li>• Übermittlungssperren und</li><li>• Sterbetag und -ort</li></ul> von Mitgliedern, sowie <b>von Familienangehörigen</b> : <ul style="list-style-type: none"><li>• Vor- und Familiennamen</li><li>• Tag der Geburt</li></ul>	§32 Abs. 1-2	Öffentlich-rechtliche Religionsgesellschaften	nein (nur §7)	§32 Abs. 3: "Eine Datenübermittlung nach Abs. 1 und 2 ist nur dann zulässig, wenn sichergestellt ist, dass bei dem Datenempfänger ausreichende Datenschutzmaßnahmen getroffen sind."

	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Geschlecht</li> <li>• Zugehörigkeit zu einer öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaft</li> <li>• Anschriften, Tag des Ein- und Auszugs</li> <li>• Übermittlungssperren und</li> <li>• Sterbetag</li> </ul>				
Übermittlung an kirchlichen Suchdienst	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Familiennamen,</li> <li>• frühere Namen,</li> <li>• Vornamen,</li> <li>• Tag und Ort der Geburt,</li> <li>• gegenwärtige Anschrift,</li> <li>• Anschrift am 1. September 1939</li> </ul> <p>von Einwohnern, die aus den in § 1 Abs. 2 Nr. 3 des Bundesvertriebenengesetzes bezeichneten Gebieten stammen</p>	§33	Kirchlicher Suchdienst	nein (nur §7)	
Allgemeine Melderegisterauskunft (Einfach)	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Vor- und Familiennamen</li> <li>• Doktorgrad</li> <li>• Anschriften <i>einzelner bestimmter</i> Einw.</li> </ul>	§34 Abs. 1	Personen	§34 Abs. 5	<p>Auch online realisierbar (<b>Melderegisterauskunft-Online</b>); §34a. Dann gilt (§34a, Abs. 2):</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• "Die Eröffnung des Internet-Zugangs ist öffentlich bekannt zu machen."</li> <li>• "Ein Abruf ist nicht zulässig, wenn Betroffene dieser Form der Auskunftserteilung widersprochen haben."</li> <li>• "Die Meldebehörde weist spätestens einen Monat vor der Eröffnung des Zugangs zur automatisierten Erteilung von Melderegisterauskünften durch Bekanntmachung auf das Widerspruchsrecht hin."</li> </ul> <p>Offenbar kann der Online-Auskunft separat widersprochen werden?!</p>
Allgemeine Melderegisterauskunft (Erweitert)	<p>Zusätzlich zur einfachen MR-Auskunft:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Tag und Ort der Geburt</li> <li>• frühere Vor- und Familiennamen</li> <li>• Familienstand, beschränkt auf die Angabe, ob verheiratet oder eine eingetragene Lebenspartnerschaft führend oder nicht</li> <li>• Staatsangehörigkeiten</li> <li>• frühere Anschriften</li> <li>• Tag des Ein- und Auszugs</li> <li>• Vor- und Familienname sowie Anschrift der Ehegattin oder des Ehegatten oder der Lebenspartnerin oder des Lebenspartners</li> <li>• gesetzliche Vertreterin/gesetzlicher Vertreter oder Betreuerin oder Betreuer und</li> <li>• Sterbetag und -ort</li> </ul>	§34 Abs. 2	<p>Personen</p> <p>Bedingungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• berechtigtes Interesse glaubhaft gemacht</li> </ul>	§34 Abs. 5	<p>Betroffene müssen bei Auskunft unverzüglich unterrichtet werden (unter Angabe des Datenempfängers)</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Ausnahme: Datenempfänger macht rechtliches Interesse geltend</li> </ul> <p>Daten müssen zweckgebunden verwendet werden (§34, Abs. 4).</p>
Allgemeine Melderegisterauskunft (Gruppenauskunft)	<p>Außer der Zugehörigkeit zur Gruppe:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Familiennamen</li> <li>• Vornamen</li> <li>• Doktorgrad</li> <li>• Alter</li> <li>• Geschlecht</li> <li>• gesetzliche Vertreterin oder gesetzlicher Vertreter minderjähriger Kinder (Vor- und Familienname, Anschrift)</li> <li>• Staatsangehörigkeiten</li> <li>• Anschriften</li> </ul>	§34 Abs. 3	<p>?????</p> <p>Bedingungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• öffentliches Interesse</li> </ul>	§34 Abs. 5	<p>Zur Zusammensetzung der Personengruppe dürfen verwendet werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Tag der Geburt</li> <li>• Geschlecht</li> <li>• Staatsangehörigkeiten</li> <li>• Anschriften</li> <li>• Tag des Ein- und Auszugs</li> <li>• Familienstand, beschränkt auf die Angabe, ob verheiratet oder eine eingetragene Lebenspartnerschaft führend oder nicht</li> </ul> <p>Daten müssen zweckgebunden verwendet werden (§34, Abs. 4).</p>
Auskunft bei Wahlen	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Vor- und Familiennamen</li> <li>• Doktorgrad</li> <li>• Anschriften</li> </ul> <p>von Wahlberechtigten</p>	§35 Abs. 1	<p>Parteien und andere Träger von Wahlvorschlägen und Wählergruppen</p> <p>Bedingungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• innerhalb der nächsten 6 Monate steht eine Wahl an</li> <li>• für die Gruppen von Wahlberechtigten muss (?) das Lebensalter bestimmend sein</li> </ul>	§35 Abs. 5	Die Daten müssen vom Empfänger spätestens 1 Monat nach der Wahl gelöscht werden.
Auskunft bei Abstimmungen, Bürger- und Volksbegehren	s. "Auskunft bei Wahlen"	§35 Abs. 2	<p>Träger für Abstimmungen, Bürger- und Volksbegehren</p> <p>Bedingungen entsprechen denen für "Auskunft bei Wahlen".</p>	§35 Abs. 5	Die Daten müssen vom Empfänger spätestens 1 Monat nach der Wahl gelöscht werden.
Auskunft über Alters- oder Ehejubiläen	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Vor- und Familiennamen</li> <li>• Doktorgrad</li> <li>• Anschriften</li> <li>• Tag und Art des Jubiläums</li> </ul>	§35 Abs. 3	Mitglieder gewählter staatlicher oder kommunaler Vertretungskörperschaften, Presse und Rundfunk	§35 Abs. 5	
Auskunft an Adressbuchverlage	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Vor- und Familiennamen</li> <li>• Doktorgrad</li> <li>• Anschriften</li> </ul> <p>von volljährigen Einwohnern ("achtzehnte[s] Lebensjahr vollendet")</p>	§35 Abs. 4	Adressbuchverlage	§35 Abs. 5	<p>§35, Abs. 6:</p> <p>"Die Meldebehörden haben <b>einmal jährlich und zusätzlich mindestens zwei Monate vor der Datenübermittlung an Adressbuchverlage</b> die Einwohnerinnen und Einwohner über die Auskunftssperren nach diesem Gesetz zu unterrichten. (...)"</p> <p>(Form: Öffentliche Bekanntmachung wie in der Hauptsatzung der Gemeinde vorgesehen.)</p>
Auskunft zu Forschungszwecken	<p><b>Nicht genau spezifiziert.</b></p> <p>Wird offenbar abgewägt; "so wenig wie möglich und so viel wie nötig".</p>	§35 Abs. 7		nein (nur §7)	

## Quellen

- **Hessisches Meldegesetz** (HMG) in der Fassung vom 10. März 2006 (GVBl. I S. 66), <http://www.datenschutz.hessen.de/hmg.htm>